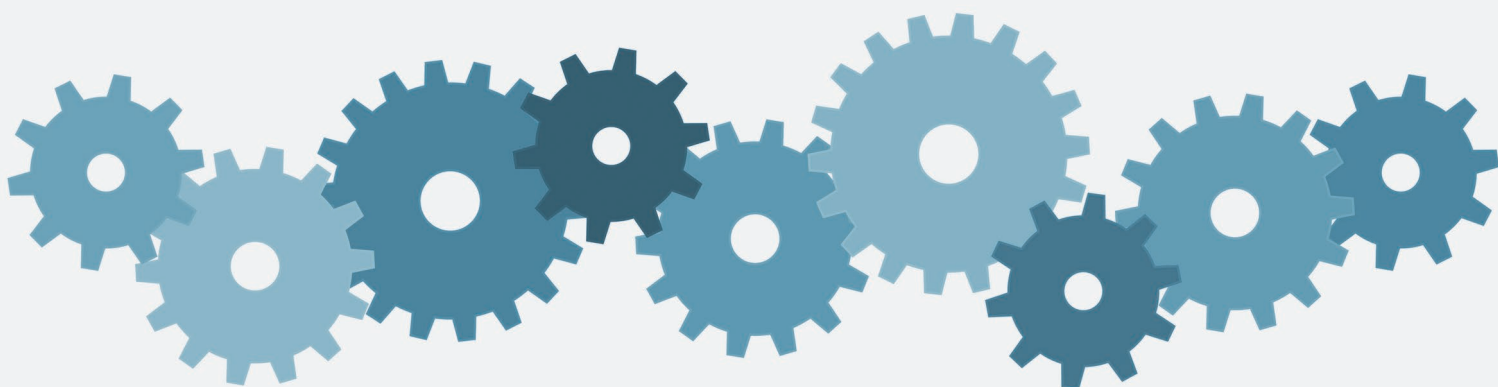




NEWSLETTER 12/2017

FORUM | MIGRATION



Symbolfoto: © pico – Fotolia.com

Das Erbe von Max Diamant

Es ist die erste ihrer Art: Eine Studie untersucht, welche Rolle Kolleg_innen mit Migrationshintergrund in der IG Metall spielen. Keine andere Gewerkschaft hat das bislang so umfangreich erforschen lassen. Erste Ergebnisse gab die IG Metall bereits vor einigen Monaten bekannt (siehe Forum Migration 05/17). Auf einer Fachtagung wurden nun die genauen Ergebnisse vorgestellt. Der Studienleiter Serhat Karakayali vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) erläutert, warum Migrant_innen in der IG Metall so wichtig sind.

Fast jedes vierte IG Metall-Mitglied im Betrieb – genau 24,4 Prozent – hat ausländische Wurzeln. Das ist mehr als ihr Anteil an den Beschäftigten und an der Bevölkerung insgesamt. Noch stärker ist diese Tendenz bei den betrieblich Aktiven: Ein Drittel aller Betriebsräte, elf Prozent der Betriebsratsvorsitzenden und 19 Prozent der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden haben einen Migrationshintergrund. Auf einer Fachtagung im Oktober präsentierte der Autor der Studie, Serhat Karakayali, die Ergebnisse. „Es gibt hier ganz offensichtlich schon seit den 1960er-Jahren eine spezifische Organi-

sationskultur, die auf die Beteiligung ausländischer Arbeiter_innen abzielt“, sagt Karakayali Forum Migration.

Der Nationalsozialismus spielte eine wichtige Rolle dabei, wie sich die Einstellung gegenüber Arbeitern ausländischer Herkunft entwickelt habe. Die Erfahrungen von Rassismus und Diskriminierung, die Linke wie etwa der für den Aufbau der IG Metall wichtige Jude und Gewerkschafter Max Diamant machen mussten, habe sie für den späteren Kampf um Rechte der ausländischen Kollegen sensibilisiert. Das zeige sich bis heute etwa in der Satzung der IG Metall, die den Kampf gegen Rassismus festschreibt, sagt Karakayali. Ob der hohe Anteil aktiver Kollegen mit ausländischen Wurzeln heute einen Einfluss auf Offenheit der IG Metall-Basis gegenüber Rechtspopulismus habe, sei aber offen. „Auch viele Personen mit Migrationshintergrund haben xenophobe Einstellungen und sagen: ‚Das sind jetzt aber zu viele‘“, sagt Karakayali. „Sie sehen die eigene Migrationsgeschichte nicht und betrachten die neu Ankommenden als Konkurrenz.“



Lesen Sie das vollständige Interview mit Serhat Karakayali auf Migration Online



Der ausführliche BIM-Bericht zur Studie: <http://bit.ly/2i1383P>

INHALT 12/2017

Das Erbe von Max Diamant	1
Von der Bürokratie entmutigt	2
Pflege: Ist schnellere Anerkennung die Lösung?	2
Anerkennungs-News	2
IAB: Familiennachzug geringer als angenommen	3
Ein „grundsätzlich enormes“ Problem	3
Flüchtlinge: Mehrheit der Deutschen will keine Grenzschießung	3
News + Termine	4
Warum ein Einwanderungsgesetz für alle wichtig ist – Kommentar von Josip Juratovic, MdB (SPD), Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (Afa), freigestellter Betriebsrat Audi	5



Porträt Anerkennung:

Heike Schulze, Altenpflegerin aus Magdeburg

Von der Bürokratie entmutigt

Nach 25 Jahren brauchte Heike Schulze eine Pause. So lange hatte die heute 53-Jährige in Magdeburg als Lehrerin für Deutsch, Russisch, Psychologie und Latein gearbeitet. Doch 2010 wollte sie raus – auch wegen der enormen Belastung. Schulstandorte wurden in Magdeburg zusammengelegt, Schulen konnten sich nicht mehr weiterentwickeln, „das hat mich sehr frustriert, das war nicht das, was ich mir unter Schule vorstelle“, sagt Schulze. Also wechselte sie für einige Jahre an die deutsche Schule in Stockholm. Sie war zufrieden. Aber was dann? „Ich wusste ja, was mich nach einer Rückkehr wieder erwarten würde“, sagt sie.

Schulze suchte nach einem zweiten beruflichen Standbein. Sie erfuhr, dass es in Schweden möglich ist, die Ausbildung zur Altenpflegerin in Teilzeit zu machen. 2015 stieg sie ein, las nach Feierabend Lehrbücher, besuchte am Wochenende kostenlose Kurse und machte zwei Praktika: bei einem Pflegedienst in der Provinz Småland, bei einem Altenheim in einem „Multikulturstadtteil“, wie sie sagt, in Stockholm und arbeitete neun Monate in einem Heim für Demenzpatient_innen. Dann endeten die Jahre, in denen Schulze für den Auslandsschuldienst freigestellt war.

„Als ich nach Deutschland zurückkam, stand für mich fest, dass ich nur noch in Teilzeit an der Schule arbeiten wollte“, sagt Schulze. Lehrerin und Altenpflegerin – beide Berufe werden von vielen als belastend empfunden. Aber sie jeweils nur einige Stunden pro Woche auszuüben – das erschien Schulze attraktiv. Im April 2017 bewarb sie sich auf Teilzeitstellen als Altenpflegerin. Ein Unternehmen wollte sie einstellen, sobald ihre schwedische Ausbildung in Deutschland anerkannt war. So musste sie zuerst eine Stelle auf 450 Euro als Pflegehilfskraft annehmen – für nur 10 Euro Bruttolohn. Trotzdem: „Ich war froh, dass ich arbeiten konnte“, sagt Schulze.

Im Mai beantragte sie die Anerkennung beim Landesverwaltungsamt Halle. Die Antwort kam „überraschend zügig“, sagt Schulze. Doch das Amt verlangte derartig viele Dokumente, dass die erkrankte Schulze nach einer Weile entnervt aufgab. Die Kosten und die Zeit, alles zu beschaffen, überforderten sie. Auch die Beratungsstellen waren keine Hilfe: „Den Fall, dass eine Deutsche mit einem ausländischen Abschluss ankommt, kannten die nicht“, sagt sie. „Ich hatte den Kanal voll.“ Und sie hatte einen Verdacht: „Die wollten mich im Status der Pflegehelferin halten, denn ich bin perfekt ausgebildet aber so viel billiger.“ Erst als die Mitteldeutsche Zeitung im Oktober über die „verzweifelte“ Schulze berichtete, schaltete sich eine Mitarbeiterin des Wirtschaftsministeriums Sachsen-Anhalt ein. „Vielleicht erreicht die etwas für mich“, hofft Schulze. 14 Jahre hat sie noch bis zur Rente. Ihre Ausbildung soll nicht umsonst gewesen sein.

Pflege: Ist schnellere Anerkennung die Lösung?

Schon seit längerem wird versucht, den Mangel an Pflegekräften in Deutschland mit ausländischen Arbeitskräften zu beheben. Die Wirtschaft macht Druck. Caritas und Brot für die Welt warnen.

Der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) etwa hatte sich zuletzt mehrfach für die leichtere Anerkennung ausländischer Pflegeabschlüsse ausgesprochen (Forum Migration 10/17). Im Oktober erneuerte er seine Forderung, die Anerkennung „zu vereinheitlichen und zu entbürokratisieren“. Die „Hürden für ausländische Abschlüsse in NRW sollen fallen“ berichtete die Kölnische Rundschau daraufhin.

Die Wirtschaft macht in genau diese Richtung Druck: Mit der dringend notwendigen Besetzung von freien Stellen beim Landesprüfungsamt für Medizin und Pharmazie könnte die Landesregierung die Anerkennung ausländischer Pflegekräfte beschleunigen und den Fachkräftemangel in Baden-Württemberg etwas entschärfen, forderte etwa der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) Mitte November. Die Ankündigung der Landesregierung, sich für die erleichterte Zuwanderung von Fachkräften einzusetzen sei „sehr zu begrüßen“, sagte der bpa-Landesvorsitzende Rainer Wiesner. „Hier vor Ort wäre allerdings eine schnellere Anerkennung der zuwanderungswilligen Pflegekräfte schon einmal ein wichtiger Schritt.“

Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in den Gesundheitsberufen beim zuständigen Regierungspräsidium Stuttgart und dem dort angesiedelten Landesprüfungsamt dauere in vielen Fällen viel zu lang. „Unsere Mitgliedsunternehmen haben jetzt den Bedarf und können nicht sechs Monate oder länger darauf warten, dass die Behörde den Eingang von Dokumenten bestätigt oder immer neue Nachweise anfordert. Das muss schneller gehen“, fordert Wiesner. Die Landesregierung habe kürzlich gegenüber dem Landtag selbst eingeräumt, dass die Anerkennungsverfahren häufig nicht innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist von drei Monaten abgeschlossen werden können. Neu geschaffene Stellen in der Behörde wurden bisher

aber noch nicht besetzt. Den Unternehmen nicht durch zu lange bürokratische Verfahren bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen noch zusätzlich Steine in den Weg zu legen, sei „das Mindeste, was das Land tun kann. Wenn wir schon meinen, die mitgebrachte Qualifikation nochmals einer Prüfung unterziehen zu müssen, dann muss das zumindest schnell gemacht werden. Ansonsten machen Fachkräfte um Baden-Württemberg einen weiten Bogen“, so Wiesner.

Die Meinungen darüber, wie weit mit ausländischen Beschäftigten Abhilfe geschaffen werden kann oder sollte, gehen allerdings auseinander. Margret Steffen, die bei ver.di zuständig für Gesundheits- und Pflegepolitik ist, sagt: „Das löst unser Problem nicht.“ (Forum Migration 9/17)

Der Deutsche Pflegerat ist ähnlich skeptisch. Ausländische Pflegekräfte könnten hier „nur eine geringe Entlastung bringen“, sagte der Präsident des Pflegerates, Franz Wagner, im Deutschlandfunk. Für ihn seien bessere Arbeitsbedingungen die Voraussetzung dafür, kurzfristig gegen den Personalnotstand in der Pflege anzugehen. Es gebe zehntausende ausgebildete Pflegekräfte, die den Beruf aufgrund der hohen Belastung nicht mehr ausübten. Ein weiteres „riesiges Potenzial“ sei die „wahnsinnig hohe Teilzeitquote in der Pflege“ von 60 bis 70 Prozent. Wenn einzelne Pflegenden mehr Stunden arbeiten würden, wäre schon einiges erreicht, erläuterte Wagner.

Hilfsorganisationen wie „Brot für die Welt“ oder Caritas International warnen davor, dass viele Klinikträger auf „berufsspezifische Zuwanderung“ setzen. „Man darf die Herkunftsländer nicht als Steinbruch begreifen“, sagt Gernot Krauß, Osteuropareferent der Caritas. Und Mareike Haase von „Brot für die Welt“ erklärt mit Blick auf mögliche Folgen: „Wenn Deutschland Gesundheitsfachkräfte aus Ländern wie Bosnien oder Tunesien abwirbt, schwächt das die Versorgung dort und könnte dazu führen, dass weitere Menschen ihre Heimat verlassen.“ Damit könnte die Migration ausgerechnet aus Ländern zunehmen, die im Zuge der Flüchtlingskrise zu „sicheren Herkunftsstaaten“ (Bosnien) erklärt wurden oder dafür im Gespräch sind wie Tunesien.

Anerkennungs-News

Auf Tour: Ausstellung Berufsanerkennung

Die Ausstellung „Unternehmen Berufsanerkennung“ zeigt auf interaktive und unterhaltsame Weise den Besuchern alles über die betrieblichen Chancen und den unternehmerischen Nutzen der beruflichen Anerkennung. Sechs Multimediastationen

erzählen entlang von Erfolgsgeschichten, wie die berufliche Anerkennung eingesetzt werden kann und geben konkrete Hilfestellungen für die Nutzung des Verfahrens. Bis Oktober 2018 ist sie in 13 deutschen Städten zu sehen.



IAB: Familiennachzug geringer als angenommen

Es war eines der beherrschenden Themen der Jamaika-Sondierungen: Der Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge. Mit drohendem Nachzug von Millionen Menschen begründeten konservative Innenpolitiker die Verlängerung der Aussetzung. Doch die Zahlen, die in der Debatte fielen, waren zu hoch. Darauf weisen das IAB und die Bundestagsfraktion der Linken hin.

Bis Ende 2017 werden voraussichtlich rund 600.000 volljährige Geflüchtete mit Schutzstatus in Deutschland leben, so das IAB. Rund 400.000 von ihnen werden als anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention das Recht auf den Nachzug ihrer Ehepartner und minderjährigen Kinder haben, schätzt das Institut. Weitere 200.000 hätten überwiegend

einen subsidiären Schutzstatus. Für sie wurde der Familiennachzug ausgesetzt, wenn sie seit April 2016 zugezogen sind. Auf die anerkannten Asylbewerber und Geflüchteten werden bis Ende 2017 voraussichtlich 100.000 bis 120.000 Ehepartner und minderjährige Kinder im Ausland entfallen, die einen Anspruch auf Familiennachzug haben. Würden zusätzlich Personen mit subsidiärem Schutzstatus berücksichtigt, stiege die Zahl der nachzugsberechtigten Ehepartner und Kinder um 50.000 bis 60.000. Die vergleichsweise geringen Zahlen für den Familiennachzug erklären sich daraus, dass viele Geflüchtete ledig sind und sich Kinder und Ehepartner bereits mehrheitlich in Deutschland befinden.

Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

schätzte den Nachzugsfaktor zuletzt auf 0,9 bis 1,2 und nicht auf 3 bis 4, wie es teils von Seiten der CSU geheißen hatte. Und kürzlich präsentierte die Linksfaktion Zahlen aus den Antworten auf parlamentarische Anfragen. Demnach haben von 2015 bis Mitte 2017 etwa 360.000 syrische und irakische Asylsuchende Schutz nach der Genfer Konvention erhalten, der nach wie vor zum Familiennachzug berechtigt. In der gleichen Zeit wurden dafür jedoch nur gut 100.000 Visa für den Familiennachzug erteilt. Dazu kommen rund 70.000 Familienangehörige, die noch darauf warten, ein entsprechendes Visum zu beantragen. „Daraus ergibt sich ein rechnerischer ‚Nachzugsfaktor‘ von 0,5“, heißt es in einer Stellungnahme der Linksfaktion.

Detaillierter Bericht des IAB: <http://bit.ly/2zb4EV1>

Ein „grundsätzlich enormes“ Problem

Die erste Generation der Arbeitsmigrant_innen kommt in das hochbetagte Alter. Die Ärztin Iris Graef-Calliess warnt vor einer enormen Versorgungslücke bei zugewanderten Demenzpatient_innen.

| Forum Migration: Frau Graef-Calliess, Sie warnen, die Dynamik des Problems von Demenzversorgung bei Migrant_innen werde unterschätzt. Um wie viele Menschen geht es?

| Iris Graef-Calliess: Das Angebot unserer Schwerpunktambulanz in Warendorf ist primär für türkische und russische Familien ausgerichtet – die in die Jahre gekommene so genannten Gastarbeiter- und Spätaussiedlergeneration. Wir haben dazu keine bundesweiten Zahlen. Aber das Problem ist grundsätzlich enorm. Das fängt schon damit an, dass die Demenz in manchen Kulturen gar nicht als Krankheit betrachtet wird.

| Was tun Sie dagegen?

| Es braucht sehr viel Psychoedukation. Es muss

aufgeklärt und entstigmatisiert werden. Da ist sehr viel Scham im Spiel. Zur fehlenden Wahrnehmung als Krankheit kommt noch ein zweites Problem: unterschiedliche kulturelle Hilfesuchverhalten, andere Behandlungserwartungen.

| Was bedeutet das?

| Dass die Erkrankung nicht in den medizinischen Kontext gestellt wird. Da geht es dann um die vermeintliche Ehre der Familie. Die Angehörigen denken: Das müssen wir in der Familie auffangen. Und dann nehmen sie deshalb keinerlei Hilfen in Anspruch. Das funktioniert aber immer schlechter.

| Warum?

| Weil sich gleichzeitig die Familienstrukturen ändern. Auch die mittlere, zweite Generation ist beruflich heute schon mobiler. Sie versuchen aber gleichzeitig, den kulturellen Anforderungen Genüge zu tun – und sind dann regelmäßig fix und fertig.

| Das Problem liegt also bei den Angehörigen?

| Natürlich nicht nur. Es gibt auch diagnostische Probleme. Unter den Bedingungen eines häufig geringen Bildungsniveaus bei der ersten türkischstämmigen Gastarbeiter-Generation und unzureichenden Sprachkenntnissen – wie wollen sie das genau sagen, was ein Mensch hat?

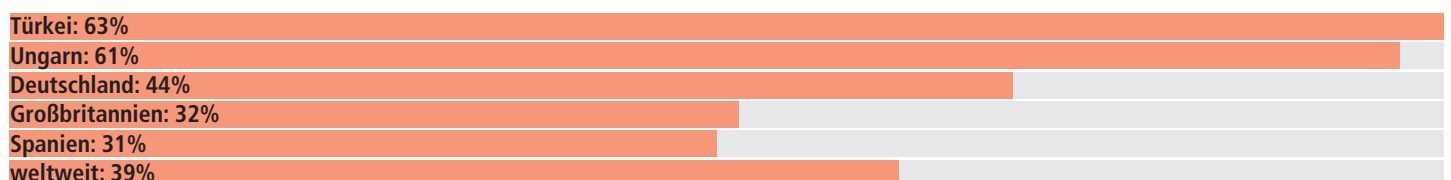
| Und wie?

| Wir arbeiten etwa mit einem türkischsprachigen Facharzt, der unser Projekt begleitet und in Ankara lange in der Gerontopsychiatrie gearbeitet hat. ‚Cross Cultural Assessment‘ ist das Schlagwort. Da muss forschungsmäßig noch einiges passieren, um kulturübergreifend und IQ-unabhängig Demenz erfassen zu können. Und wir müssen da jetzt ran, mit Bewusstseinsbildung. Das Problem kommt immer stärker auf uns zu. Die nächsten Älteren stehen gewissermaßen schon bereit.

Zentrum für Transkulturelle Psychiatrie und Psychotherapie: <http://bit.ly/2hMLs6h>

Flüchtlinge: Mehrheit der Deutschen will keine Grenzschießung

Sollte die Grenze Ihres Landes für Flüchtlinge geschlossen werden? Zustimmung in Prozent in ausgewählten Staaten



Quelle: Juli 2017, IPSOS Institut, <http://bit.ly/2B8G6dk>



News + Termine

Frankfurt: Modellprojekt für mehr Elternbeteiligung von Einwandererfamilien

Die Stadt Frankfurt hat das Modellprojekt „Nur mit Ihnen!“ für mehr Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund gestartet. 16 Schulen in überwiegend von Einwanderung geprägten Stadtteilen haben dazu Ideen entwickelt, Eltern stärker zu beteiligen. „Die unterschiedlichen Projekte eint der Gedanke, Barrieren abzubauen und Vertrauen zu ermöglichen“, sagt Wolfgang Kreher vom Schulamt. Das Spektrum reicht dabei von innovativen Formen, Elternabende zu gestalten, über Elterncafés und Elternfeste bis zu einer neuen Begrüßungskultur. Im Eingangsbereich stehen Willkommen-Schriftzüge auf Russisch, Arabisch oder Farsi. Informationsbroschüren sind in die Herkunftssprachen der Familien übersetzt.

Projektseite der Stadt Frankfurt: <http://bit.ly/2ri5Br5>
Bericht der GEW: <http://bit.ly/2zg51ee>

Berliner Polizei-Ausbildung: Keine „Unterwanderung“ durch arabische Clans

Der Sprecher der Berliner GdP, Benjamin Jedro, hat Berichte zurückgewiesen, die Polizeiausbildung in der Hauptstadt sei von arabischen Clans „unterwandert“. Hinter entsprechenden Medienberichten stünden aufgebauchte Einzelfälle von Fehlverhalten. „Dass Auszubildende über die Stränge schlagen und man sich deshalb von ihnen trennen muss, betrifft nicht nur Auszubildende mit Migrationshintergrund“, sagte Jedro. „Die Quote der Azubis mit Migrationshintergrund liegt seit Jahren bei etwa 35 Prozent. Was wir hören, ist, dass sie im täglichen Dienst als große Bereicherung empfunden werden.“

„taz“-Interview mit Benjamin Jedro: <http://bit.ly/2jTMzp9>

Studie: Flüchtlinge wollen schnell Arbeit

Die meisten der seit 2015 zugewanderten Flüchtlinge wollen vor allem eines: schnell Arbeit und neue Freunde finden. Sie nehmen die deutsche Gesellschaft als ein Gemeinwesen wahr, das zwar gut organisiert ist, aber auch sehr verschlossen. Das zeigen die Ergebnisse der Studie „Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland“, des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). „Es herrscht Ordnung und es gibt Gesetze. Deutschland hat viele Gesetze“, zitieren die Forscher eine 37-jährige Afghanin. In Afghanistan habe sie wegen der angespannten Sicherheitslage nie ruhig geschlafen, „hier, wenn man nachts den Kopf auf das Kissen

legt, hat man ein ruhiges Gefühl“. Kaum ein Aspekt trat in den Interviews mit den Flüchtlingen so deutlich hervor wie der starke Wunsch, zu arbeiten, um finanziell unabhängig zu werden. Viele Befragte empfinden es als unangenehm, teilweise als beschämend, von Sozialleistungen abhängig zu sein. Viele sagen, sie wollten ihre Zeit und Energie lieber in Arbeit stecken, als tatenlos „herumsitzen“. Neben finanzieller Selbstständigkeit sehen sie Arbeit auch als Möglichkeit, soziale Kontakte aufzubauen, die deutsche Sprache zu lernen und der Gesellschaft etwas „zurückzugeben“.

Studie des SVR: <http://bit.ly/2zwwPLz>

Studie: Europäische Muslime sehen EU positiver als andere Europäer

Muslime in Europa sehen laut einer Studie die EU positiver als alle anderen Europäer_innen. Die Muslime hätten im Durchschnitt ein höheres Vertrauen in EU-Institutionen als etwa Christ_innen und Konfessionslose, sagte der Politikwissenschaftler Bernd Schlipphak von der Universität Münster. Ein Grund dafür sei, dass Muslime mit ihrer Lebenssituation in der EU zufriedener seien als andere. Rund 95 Prozent der befragten Muslime seien Migranten der ersten oder zweiten Generation, die ihre neue Lebenssituation als besser bewerteten als jene in ihrem Herkunftsland. Muslime seien die einzigen von allen untersuchten Gruppen aus 16 europäischen Ländern, die ihr Vertrauen in das Europäische Parlament auf einer Skala von eins bis zehn mit mehr als fünf bewerteten. Die Forscher werteten für die Studie Daten des European Social Survey (ESS) von 2002 bis 2014 aus.

<http://bit.ly/2A6u6cR>

Karlsruhe: Hausbesitzer scheidet mit Klage gegen Flüchtlingsheim

MitInhaber_innen eines Gebäudes können nach einem Gerichtsurteil die Unterbringung von Asylbewerber_innen nicht mit dem Argument verhindern, ihre Immobilie sei kein Wohnraum. Eine Flüchtlingsunterkunft diene nicht nur dem Wohnen, urteilte am Freitag der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe. (AZ: V ZR 193/16). Im konkreten Fall ging es um ein Gebäude im Landkreis Starnberg. Ein Teil des Gebäudes steht leer, in dem anderen Teil befindet sich eine Arztpraxis. In der Teilungserklärung zwischen den Eigentümern wurde festgelegt, dass die Räume des Gebäudes nicht „Wohnzwecken“ dienen dürfen. Als ein Eigentümer beabsichtigte, in seinem Teil des Gebäudes eine Unterkunft für Flüchtlinge zu nutzen, klagte der andere Teileigentümer auf Unterlas-

sung. Er wollte gerichtlich untersagen lassen, dass dort eine Unterkunft für „Arbeiter, Asylbewerber, Flüchtlinge oder sonstige in den Raum München Zugezogene oder Gestrandete“ betrieben wird. Mit der Teilungserklärung seien Wohnzwecke in dem Gebäude nicht erlaubt. Das Amtsgericht Starnberg und das Landgericht München I hatten dem Kläger zunächst Recht gegeben.

<http://bit.ly/2hP6EZs>

BAMF lässt Sprache und Handys von tausenden Asylsuchenden elektronisch analysieren

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat seit September 1200 „nutzbare Sprachanalysen“ elektronisch erstellt, sagte der IT-Chef des BAMF, Manfred Richter, der Rheinischen Post. Seitdem sei das neue, selbst entwickelte System im Einsatz, das die wichtigsten arabischen Dialekte erkennt und Anhaltspunkte dafür liefert, ob die Angaben der Flüchtlinge stimmen. „Wir erhalten wertvolle Hinweise für unsere Entscheider“, so Richter. Auch das Auslesen von Handys und anderen Datenträgern läuft seit September bundesweit und hat nach BAMF-Angaben bereits zu 1700 Berichten geführt.

<http://bit.ly/2hMumoW>

Termine

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Rheinland-Pfalz/Saarland und Hessen-Thüringen

Teil I: 02. bis 03. März 2018

Teil II: 09. bis 10. März 2018

Veranstaltungsort:

Bildungszentrum der Arbeitskammer, Kirkel

Bayern/Baden-Württemberg

30. Januar bis 01. Februar 2018

Veranstaltungsort:

DGB Haus Stuttgart

19. bis 21. April 2018

Veranstaltungsort:

DGB Kreis Mittelbaden

Grundlagenseminar im Rahmen der Ausbildung zur betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

18. bis 23. März 2018

Veranstaltungsort:

DGB Tagungszentrum Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



Warum ein Einwanderungsgesetz für alle wichtig ist



© Benno Kraehahn

Kommentar von Josip Juratovic, MdB (SPD), Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), freigestellter Betriebsrat Audi

In meinem Wahlkreis Heilbronn herrscht Wohnungsnot, wie vielerorts in Deutschland. Die Gründe dafür sind vielfältig; manchmal ist es aber auch ganz einfach. So sagte mir ein baden-württembergischer Bauunternehmer, den ich darauf ansprach: „Wir würden ja gerne bauen! Aber wir haben nicht mal genug Leute, um die Gerüste aufzustellen.“ Gerüstbauer ist eine harte, gut bezahlte Arbeit. Nur leider finden sich nicht mehr genug Menschen hierzulande, die diese Arbeit verrichten möchten. So etwas nennt man Fachkräftemangel.

Kann man über ein Einwanderungsgesetz reden, wenn die Mehrzahl der Menschen in Deutschland gerade die Nase voll hat von Menschen, die „von außen“ kommen? Das ist die große Frage, die im politischen Berlin gewälzt wird, zumal mit der AfD im Nacken. Ich sage: Wir müssen es sogar. Es ist die Aufgabe von Politikern die Zukunft eines Landes zu gestalten und dabei verantwortungsvoll über Legislaturperioden hinauszublicken. Auch wenn es derzeit noch nicht für jeden wirklich spürbar ist, werden uns sehr bald sehr viele Arbeitnehmer_innen fehlen. In der Pflege zeichnet sich das bereits ab und auch, dass uns katastrophale Zustände erwarten, wenn wir dort nicht bald gesteuern. Diese Not droht uns auch in anderen Bereichen des täglichen Lebens.

Daher müssen wir gezielt Arbeitskräfte werben, die wir z.B. für die Pflege, die Industrie, im Baugewerbe brauchen. Eine solche Einwanderung zu steuern, die unseren Geburtenrückgang kompensiert und auf ganz unterschiedlichen Ebenen Lücken in unserer Arbeitswelt füllt, ist ein wichtiges, notwendiges und – ich wiederhole es – verantwortungsvolles Ziel, das sich nur mit einem Einwanderungsgesetz erreichen lässt. Der Vorschlag der SPD sieht ein Punktesystem nach dem Vorbild Kanadas vor. Es soll Interessenten im Ausland ermöglichen, sich noch im eigenen Land auf einer Website über ihre Chancen informieren und direkt dort bewerben zu können. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen präzisen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der in der Koalition mit der Union leider chancenlos war.

Und das, obwohl der Vorschlag auf Konsens ausgelegt war. Da wir nun nicht mehr auf einen Kompromiss mit der Union angewiesen sind, können wir freier und klarer fordern, was uns wichtig ist. Dazu gehört für mich auch ein Statuswechsel. Derzeit ist es so, dass Unternehmen, die Geflüchtete oder Geduldete ausbilden und/oder einstellen, die Abschiebung dieser Mitarbeiter riskieren, sollten deren Verfahren abschlägig entschieden werden. Dass fleißige, gut integrierte Geduldete, die von ihren Arbeitgebern dringend gebraucht werden, abgeschoben werden, widerspricht dem gesunden Menschenverstand. Daher muss das Einwanderungsgesetz eine Möglichkeit schaffen, vom Asylverfahren in einen Aufenthaltstitel übertreten zu können, der auf der ausgeübten Tätigkeit beruht. Sprich: Wer gut integriert und nachweisbar in Lohn und Brot ist, kann bleiben. Damit würde das Einwanderungsgesetz auch im Falle unsinniger, für alle Beteiligten schmerzhafter Abschiebungen Abhilfe schaffen.

Denn was ein modernes Einwanderungsgesetz in letzter Konsequenz nicht sein darf, ist ein ausschließliches Arbeitsmarktgesetz. Das würde zu kurz greifen. Wenn wir eines auch aus der Geschichte der nicht stattgefundenen Integration der Gastarbeiter gelernt haben, dann dies: Wir dürfen die Menschen, die zum Arbeiten in unser Land kommen, nicht als reine Produktionshilfen auffassen und entsprechend im gesellschaftlichen Nirgendwo stehen lassen – ohne Sprachkurse, ohne Hilfen im Alltag, ohne Interesse und Akzeptanz. Daher muss ein Einwanderungsgesetz nicht nur Arbeitnehmern ermöglichen, ihre Kernfamilie mitzubringen – es sollte auch verpflichtende und qualitativ hochwertige Integrationshilfen festschreiben, die den Arbeitsmigranten das Ankommen in Deutschland erleichtern.

Mir ist klar, dass diese Möglichkeiten und Hilfen, die ich hier für Menschen aus dem Ausland einfordere, bei Arbeitnehmer_innen und auch Arbeitslosen hierzulande auf Widerwillen treffen können. Auch in unserer Arbeitswelt herrscht bei Vielen Unsicherheit über die Zukunft ihres Arbeitsplatzes. Und häufig haben gerade Arbeitslose den Eindruck, dass den Staat ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben herzlich wenig kümmert. Doch das bedeutet nicht, dass wir diese Schritte für Arbeitsmigranten nicht dennoch ergreifen sollten. Es bedeutet vielmehr, dass wir genau solche Maßnahmen auch für die Menschen von hier ganz gleich welcher Herkunft genauso leisten müssen. Unsere Politik muss sozial gerecht, nachvollziehbar und ausgewogen sein. Sie muss zum Ziel haben, allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft einen Platz in unserer Gesellschaft zu sichern. Nur so ist sie glaubwürdig und mehrheitsfähig, und nur so können wir den gesellschaftlichen Frieden erhalten. So sieht für mich eine verantwortungsvolle Gestaltung der Zukunft aus.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM

